



## Mehr Tempo bei den Jugendstrafverfahren

*Der Nationalrat verabschiedet die vereinheitlichte Prozessordnung*



*Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die seit Montag auch die Geschäfte von Hans-Rudolf Merz führt, vor der Debatte über das revidierte Jugendstrafprozessrecht im Nationalrat.*

RUBEN SPRICH / REUTERS

Der Nationalrat unterstützt die Vereinheitlichung des Strafprozessrechts für Jugendliche und die Beschleunigung der Verfahren. Anders als der Ständerat will er keine Vertrauenspersonen zulassen.

**fon. Bern, 22. September**

Der Nationalrat hat sich am Montagabend mit einem Thema befasst, das für die schweizerische

Justiz von grosser Bedeutung ist, politisch aber kaum Wellen wirft. Die Rede ist von der neuen schweizerischen Jugendstrafprozessordnung, die vom Ständerat im vergangenen Dezember oppositionslos gutgeheissen worden war. Sie soll zusammen mit dem vereinheitlichten Strafprozessrecht für Erwachsene, das von den eidgenössischen Räten bereits früher verabschiedet worden ist, auf Anfang 2011 in Kraft treten.



### Vereinheitlichung mit Spielraum

Die neue Jugendstrafprozessordnung will die Verfolgung und Beurteilung von Delikten, die von unter 18-jährigen Personen begangen werden, schweizweit vereinheitlichen und die Verfahren beschleunigen. Anders als beim Strafverfahrensrecht für Erwachsene behalten die Kantone eine grosse Gestaltungsfreiheit, wie sie die Prozesse gegen Jugendliche führen wollen. Der Grund liegt darin, dass Straftaten Jugendlicher meist nicht sehr komplex sind und häufig keine interkantonale Zusammenarbeit erfordern. Auch ist die Situation in den Kantonen sehr unterschiedlich: Während grössere Kantone zahlreiche Fälle zu bewältigen haben und eine spezialisierte Jugendstrafrechtspflege benötigen, besteht in kleineren Kantonen keine solche Notwendigkeit.

Im Nationalrat wurde die Vereinheitlichung des Prozessrechts von allen Seiten begrüsst. Auch die Freiheit der Kantone, zwischen dem Jugendrichter- und dem Jugendanwaltsmodell zu wählen, wurde positiv beurteilt. Während beim Jugendrichtermodell die gleiche Person den Sachverhalt untersucht, leichtere Fälle entscheidet und bei schwereren Delikten gleichzeitig Mitglied des Jugendgerichts ist, sieht das Jugendanwaltsmodell eine teilweise Trennung dieser Funktionen vor. Beide Systeme hätten Vorteile, zudem würden sie sich in der Praxis nicht wesentlich unterscheiden, sagte Daniel Jositsch (sp., Zürich) namens der Kommission.

Beim Jugendstrafverfahren gehe es im Wesentlichen darum, die Täter zu erziehen und sie wieder auf den rechten Weg zu bringen, sagte

Jositsch weiter. Wichtig sei, dass die Verfahren möglichst zügig durchgeführt würden, wie dies die Vorlage anstrebe. Denn nur eine Strafe, die rasch auf die Tat folge, wirke resozialisierend. Dass die Verfahren zu beschleunigen und die jugendlichen Delinquenten rasch und konsequent zu sanktionieren seien, dem wurde im Grundsatz nicht widersprochen. Vertreter der Linken warnten aber davor, allein des Tempos wegen die Grundrechte der Jugendlichen zu schmälern.

### Mediation «erzieherisch sinnvoll»

Der Nationalrat blieb bei seinen Beschlüssen weitgehend auf der Linie von Bundesrat und Ständerat. So lehnte er einen Antrag von SVP-Seite, die Mediation aus der Vorlage zu streichen, deutlich ab. Es sei gefährlich, wenn das Opfer mit dem Täter an einen Tisch sitzen müsse, argumentierte Lukas Reimann (syp., St. Gallen). Niemand werde zur Mediation geprügelt, konterte Anita Thanei (sp., Zürich). Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf wertete die Mediation als erzieherisch sinnvoll; zudem sei das Institut im materiellen Jugendstrafrecht ausdrücklich vorgesehen. Nichts wissen wollte der Nationalrat dagegen von der Idee, dem Jugendlichen eine Vertrauensperson zur moralischen Unterstützung zur Seite zu stellen, wie dies der Ständerat beschlossen hatte. Die Rolle einer solchen Person sei nicht klar definiert, befand die Mehrheit und stellte sich damit gegen die Justizministerin, die auf die besondere Schutzwürdigkeit der jugendlichen Beschuldigten hingewiesen hatte. – Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 139 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Sie geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.